

Unsere gesellschaftliche Aufgabe ist es, Wege zu finden, die Transformation schnellstmöglich möglich zu machen. Jedes Projekt bedeutet Eingriffe in seine Umwelt und verursacht Betroffenheit, sei es für Anwohner oder für Fauna und Flora. Diese Eingriffe gilt es zu bewerten und vor dem Hintergrund der Ziele abzuwägen. Dafür gibt es im Genehmigungsverfahren etablierte Prozesse, die es zu optimieren und damit zu stärken gilt, um breite Akzeptanz für die Abwägungsergebnisse zu erlangen.

Jedes Land, jede Gemeinde, jeder Bürger mit seinem privaten oder unternehmerischen Handeln muss das Ziel verfolgen, klimaneutral zu werden und dafür zuallererst die eigenen zur Verfügung stehenden und regionalen Potenziale zu nutzen. Das fängt bei den eigenen - privaten oder gemeindlichen - solargeeigneten Dachflächen an und hört nicht bei der Flächennutzung im Gemeindeumfeld für dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien auf. Dazu gehört genauso ein Plan für nachhaltige Mobilität, regionale Wertschöpfungskreisläufe, nachhaltiges sozialverträgliches Wohnen etc.

Um Wege für diese Transformation zu ringen sehe ich als Aufgabe der Gemeindevertretung. Das erfordert eine gewisse Neutralität und den Einsatz für effiziente und empathische Abwägungsprozesse, um Interessensausgleiche moderieren zu können. Partei für egoistisch motivierte NIMBY Haltungen zu ergreifen, schadet dieser Rolle.